

Statkraft will Windräder bauen

Norweger planen Windpark zwischen Oedelsheim und Arenborn



Windkraftanlagen im Wald: So ein Anblick könnte es in fünf Jahren auch bei Oedelsheim geben. Das Foto zeigt Windräder zwischen Trendelburg und Bühne, aufgenommen vom 14 Kilometer entfernten Grebenstein.

FOTO: THOMAS THIELE

VON THOMAS THIELE

Wesertal – Das Unternehmen Statkraft will im Wald zwischen Arenborn und Oedelsheim (Gemeinde Wesertal im Landkreis Kassel) einen Windpark mit voraussichtlich sechs Windrädern mit 260 Meter Gesamthöhe bauen.

Darüber informierte Europas größter Erzeuger erneuerbarer Energien gestern Abend in einer Online-Veranstaltung.

Der Planungsvertrag wurde am 1. Januar Jahres unterzeichnet und mit der Infoveranstaltung zum jetzigen frühestmöglichen Zeitpunkt wolle man größtmögliche

Offenheit der Bevölkerung gegenüber zeigen, erklärten Pressesprecherin Judith Tranning und Projektleiter Markus Schoppmann gegenüber unserer Redaktion.

In der Onlineveranstaltung, über die in 3000 Postwurfsendungen und über die HNA informiert wurde, stellten beide Statkraft-Vertreter den Zeitplan und die Eckpunkte des Projektes vor. Begonnen haben Windmessungen und Untersuchungen zu Tier- und Pflanzenarten, deren Ergebnisse bis Jahresende vorliegen sollen. Der Bau der Windräder ist ab der zweiten Jahreshälfte 2025 geplant. Statkraft, das bereits 22 Windparks in fünf

Ländern betreibt und 4500 Mitarbeiter in 17 Ländern hat, betreibt seit 2009 bereits die Laufwasserkraftwerke in Hann. Münden (Werra), Wahnhausen (Fulda), und Afordern (Eder). Tranning und Schoppmann unterstreichen, dass sich das Unternehmen seit Beginn für erneuerbare Energien aus Wasserkraft, Windkraft und Sonnenstrahlung einsetze. Das Unternehmen sei sich seiner Verantwortung für die Natur bewusst und Windkraft sei ein Weg, den Klimawandel und weiteren Waldverlust zu bremsen. Die Windräder bei Oedelsheim sollen vorwiegend auf bereits durch Windwürfe und Borkenkäfer wald-

freien Schadflächen errichtet werden. Zudem will das Unternehmen Aufforstungen, Wald- und Moorentwicklung oder Wasserhaltung im doppelten Umfang wie gefordert vornehmen.

Die Bürger sollen planerisch und finanziell beteiligt werden. Zum einen wird eine Projekt-Homepage erstellt, über die jederzeit Fragen gestellt werden können. Außerdem soll mindestens einmal jährlich eine Bürgerinfoveranstaltung vor Ort stattfinden. Die Erste sollte schon jetzt erfolgen, konnte aber coronabedingt nur per Internet umgesetzt werden. Man plane für den Herbst eine Veranstaltung vor Ort.

Für die finanzielle Beteiligung der Bürger sind drei Modelle geplant: Eine der sechs Anlagen soll durch eine Bürgergenossenschaft mit Anteilen zwischen 500 und 10 000 Euro betrieben werden, es soll Darlehen geben und Zahlungen an die Kommunen – in 20 Jahren etwa 2,7 Millionen Euro für Wesertal und 449 000 Euro für Uslar.

Bürgermeister Cornelius Turrey dankte in seinem Grußwort für die Offenheit des Unternehmens, unterstrich aber die kritische Haltung in der Region. Von der Gemeinde gebe es einen Grundsatzbeschluss gegen Windkraft im Wald.

Baustart für Besucherzentrum an Edertalsperre

Edersee – Mit dem ersten Spatenstich für das Besucher-Informationszentrum hat die Gemeinde Edertal am Mittwoch auf dem Sperrmauer-vorplatz einen Schlusstrich, unter mehr als ein Jahrzehnt dauernde Diskussionen um das Projekt, gezogen. Der Neubau kostet 1,9 Millionen Euro und soll im Sommer 2022 fertiggestellt sein.

„Es war ein schwieriger Meinungsbildungsprozess“, blickte Bürgermeister Klaus Gier auf die vergangenen 12 Jahre zurück. Verschiedene Standorte waren geprüft und wieder verworfen worden. Sogar ein zugesagter Landes-zuschuss von 600 000 Euro konnte nicht abgerufen werden. Für ihn sei immer klar gewesen, es werde keinen Zweckbau geben. In vielen Monaten intensiver Arbeit sei nun ein auffällig architektonisch gestaltetes Gebäude mit markantem Turm nach den Plänen des Korbacher Architekten Christoph Hesse entwickelt worden. Das Projekt entsteht nah an der Stau-mauer am Standort der Toilettenanlage.

Mit dem Projekt will die Gemeinde nicht nur eine Anlaufstelle für Touristen schaffen, sondern auch die wechselvolle Geschichte des Eder-sees mit modernster Technik nachzeichnen. Dabei setzt sie auf ein sogenanntes Projektions-Mapping: Eine Zeitreise in die Geschichte des Eder-sees, die in einem speziellen Vorführraum mit animierten 3-D-Bildern und Filmsequenzen mit Hochleistungsprojektoren optisch und akustisch in Szene gesetzt wird.

Klaus Gier zeigte sich überzeugt, dass das Besucherzentrum „eine Erfolgsgeschichte“ wird. Das Projekt wird mit 1,2 Millionen Euro vom Land und mit 160 000 Euro vom Landkreis unterstützt. sch

NSU-Akten bleiben unter Verschluss

Mehr als 94 000 Menschen haben Petition unterschrieben – Runder Tisch ohne Ergebnis

VON MATTHIAS LOHR

Kassel – Am einfachsten wäre es für Miki Lazar, Ayse Gülec und Axel Garbelmann gewesen, wenn sie am Mittwoch mit einem kleinen Transporter nach Wiesbaden gefahren wären. Die drei Mitorganisatoren der Petition für die Freigabe der NSU-Akten hätten die Unterlagen dann einfach mitnehmen können und mehr als 94 000 Menschen hätten dies als Erfolg gewertet.

So viele haben das Anliegen unterschrieben, die Akten aus dem NSU-Untersuchungsausschuss freizugeben. Ursprünglich wollte sie der hessische Verfassungsschutz für 120 Jahre unter Verschluss halten. Mittlerweile ist die Frist auf 30 Jahre heruntergesetzt. Die Initiative der Kasserler gegen dieses Vorhaben gilt als erfolgreichste Petition in Hessen seit Langem.

14 Monate nach Übergabe der damals noch 67 000 Unterschriften waren am Mittwoch drei der zehn Organisatoren im hessischen Landtag in Wiesbaden zum Runden Tisch geladen – ohne Transporter. Denn: Die Akten bleiben wie erwartet unter Verschluss – und damit auch der Bericht über Erkenntnisse des Verfassungsschutzes zur



Übergabe im Februar 2020: Vor mehr als einem Jahr stellten die Initiatoren (von links) Lutz Engelhardt, Ingrid Roberts, Helmut Plate, Axel Garbelmann, Miki Lazar und Staatstheater-Intendant Thomas Bockelmann die Petition im Regierungspräsidium vor.

ARCHIVFOTO: MATTHIAS LOHR

rechtsextremen Szene, der im Zentrum der Debatte steht.

„Das Innenministerium verschanzte sich hinter der Aussage, die V-Leute und deren Angehörige müssten geschützt werden“, klagt Lazar. Mit seinen Mitstreitern hatte der Inhaber der Werbeagentur Makom die Petition nach dem Mord an Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke ins Leben gerufen. Nicht nur für ihn sind zu viele Fra-

gen um den Mord an Halit Yozgat durch den Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) 2006 offen – etwa die Rolle des Verfassungsschützers Andreas Temme, der zur Tatzeit im Internet-Café von Yozgat war und dienstlich mit dem späteren Lübcke-Mörder Stephan Ernst betraut war.

Für Lazar war das zweistündige Gespräch im Landtag trotz allem nicht umsonst, an dem auch Stefan Heck, Staats-

sekretär im Innenministerium, teilnahm: „Sie sagten uns, ein Mann wie Temme würde heute nicht mehr eingestellt.“ Sein Mitstreiter Garbelmann findet: „Wir haben zivilgesellschaftlich einen Druck erzeugt, der politisch nicht da war.“

Am 12. Mai will sich der von der Baunataler SPD-Landtagsabgeordneten Manuela Strube geleitete Petitionsaus-schuss abschließend mit der

Initiative beschäftigen. Wenige Tage später wird der Landtag über die Petition abstimmen. Eine politische Mehrheit für eine Freigabe der Akten gibt es jedoch nicht.

Von den hessischen Grünen ist Lazar „besonders enttäuscht“, denn „deutschlandweit sind sie anderer Meinung“ als in Hessen, wo die Partei mit der CDU eine Regierung bildet.

Das Innenministerium verweist darauf, dass die NSU-Dokumente trotz der Einstufung als Verschlussache etwa Gerichten zur Verfügung gestellt werden können. Auch für das Verfahren gegen den Lübcke-Mörder seien sie „gerichtsverwertbar zugeliefert“ worden.

Bei der Übergabe der Petition vor einem Jahr hatte Mitinitiatorin Gülec gesagt: „Der Druck wird wachsen. Irgendwann wird die Politik kapitulieren.“

Beim Runden Tisch am Mittwoch, an dem auch Vertreter aller Fraktionen teilnahmen, brachte sie eine Enquete-Kommission zum Thema Rassismus ins Spiel. Ein solches Gremium hatte in Thüringen Diskriminierungen sowie die ihr zugrunde liegenden Strukturen untersucht. Gülec wünscht sich so etwas auch für Hessen.

Baunataler Modellprojekt wird gestoppt

Baunatal – Die am Donnerstag beschlossene Bundesnotbremse verändert auch in Baunatal wieder das öffentliche Leben: Die Geschäfte schließen weitgehend wieder. Im Kino gehen die Lichter aus, die Außengastronomie darf nicht mehr zum Verweilen in die Fußgängerzone einladen. Ursprünglich war das Modellprojekt für Baunataler, die sich zuvor auf Corona testen lassen haben, bis zum 1. Mai geplant.

„Nach Rücksprache mit den Akteuren der Arbeitsgruppe Modellprojekt Baunatal kam man überein, dass das Projekt mit Ablauf des heutigen Tages unterbrochen wird“, heißt es am Donnerstagnachmittag von der Stadt Baunatal. Nach elf Tagen Öffnung sei eine Fortführung aufgrund der Gesetzeslage nicht mehr möglich.

Das Rathaus habe sich dazu entschieden, nicht auf das Inkrafttreten des Gesetzes aus Berlin zu warten, sondern diesem Schritt zuvorzukommen und das Ende des Modellvorhabens zu beschließen. Das erläutert Stadtsprecherin Susanne Bräutigam. Im Baunataler Rathaus spricht man von einer Unterbrechung des Testlaufs, nicht von einem endgültigen Ende. sch